

EU 2011: Teilweise Entspannung in Europa?

© Akademie für Welthandel AG, Februar 2011

Nach dem schwierigen letzten Jahr mit vielen Turbulenzen rund um die Euro-Schuldenkrise hofft Europa 2011 erst einmal wieder etwas durchatmen zu können, auch wenn das Thema noch länger als erwünscht auf der Tagesordnung bleiben dürfte. Nachdem auf dem EU-Gipfel Anfang Februar das deutsch-französische Projekt eines Wettbewerbspakts angenommen wurde, soll im März auf einem großen Euro-Gipfel ein Gesamtpaket zur langfristigen Stabilisierung der Währungsunion verabschiedet werden. Positiv ist auch, das die EWU trotz Eurokrise 2010 ein BIP-Wachstum von 1,7 % erzielen konnte. Die politischen Umwälzungen in Nordafrika dagegen dürften die EU nicht nur in der Flüchtlingspolitik vor neue Herausforderungen stellen.

Beim europäischen Integrationsprozess ist nach Inkrafttreten des lange umkämpften Reformvertrages Anfang 2010 keinesfalls die erhoffte Ruhe eingeleitet. Denn statt des erhofften Aufbruchs haben die Schuldenkrise Griechenlands und anderer Peripherieländer die Europäische Währungsunion (EWU) seit dem Frühjahr 2010 in ihren Grundfesten erschüttert und vielerlei Kräfte in der Gemeinschaft gebunden. Trotz einer Krisen- und Gipfeldiplomatie bislang ungewohnter Ausmaße zeigen hohe und sich immer wieder ausweitende Spreads an den Kreditmärkten, also größere Risikoaufschläge auf Staatsanleihen aus der Eurozonen-Peripherie, die anhaltende Skepsis vieler internationaler Anleger. Somit wird das Thema Eurokrise noch länger als erwünscht auf der Tagesordnung bleiben. Die Turbulenzen offenbaren gravierende Konstruktionsfehler der Währungsunion, insbesondere das Fehlen einer koordinierten Fiskalpolitik und den vielerorts zu laschen Umgang mit den Maastricht-Kriterien.

Die Eurokrise bewirkt auch immer stärkere politische Verwerfungen in den EWU-Problemländern, insbesondere durch die mit den internationalen Kredithilfen verbundenen nationalen Sparpakete. So ist die irische Regierungskoalition zum Jahresanfang nach dem Rückzug der Grünen zerbrochen. Dies führt zu vorgezogenen Neuwahlen am 25. Februar, bei denen sich ein Regierungswechsel abzeichnet. Viele iri-

sche Politiker werben beim Wähler damit, die Bedingungen für das irische Rettungspaket mit EU und IWF vom Herbst 2010 neu verhandeln zu wollen. Damit soll auch indirekt Druck auf Brüssel in Bezug auf die künftige Ausgestaltung des EWU-Rettungsschirms ausgeübt werden.

Februar-Gipfel der EU beschließt Wettbewerbspakt

Auf europäischer Ebene gibt es nun erste zaghafte Ansätze für eine gemeinsame Wirtschaftsregierung – quasi als Gegenleistung für eine geplante Erhöhung der Mittel im Rettungsfonds EFSF. So haben Deutschland und Frankreich auf dem EU-Gipfel Anfang Februar ihre Idee eines Wettbewerbspakts durchgesetzt. Dazu zählt die Abschaffung der Lohnindexierung an die Inflation, die es beispielsweise in Belgien und vielfach auch in Spanien gibt. Vereinheitlichungen soll es auch bei der Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, der Anerkennung von Bildungsabschlüssen und der Rentenpolitik geben. Zudem wird angestrebt, das Modell der deutschen Schuldenbremse in den Verfassungen der Mitgliedsstaaten zu verankern. Auch die EZB fordert für ihre (geldpolitische) Arbeit eine bessere Flankierung durch die EU-Länder mittels stärkerer wirtschaftspolitischer Koordinierung und strikteren Budgetregeln.

Ende März wollen die Staats- und Regierungschefs auf einem großen Euro-Sondergipfel ein Gesamtpaket zur Stabilisierung der Währungsunion verabschieden. Dabei soll ein permanenter Euro-Rettungsfonds mit einem Volumen von 500 Mrd. € für die Zeit ab 2013 verabschiedet werden. Damit wäre der EWU-Rettungsschirm genau so groß wie der bis 2012 befristete Rettungsfonds aus dem letzten Jahr.

2010: Wirtschaftliche Erholung trotz Eurokrise

IWF-Chefvolkswirt Blanchard rechnet damit, dass es rund zehn Jahre dauern kann, bis die EWU-Peripherieländer wieder zu einem „normalen“ Wachstumspfad und soliden Staatsfinanzen zurückkehren werden. Gleichwohl hat auch Europa im Zuge der raschen globalen Wirtschaftserholung nach der Finanzkrise wieder Tritt gefasst (vgl. dazu auch unseren Artikel „*Deutschland und die EU erholen sich mit der Weltwirtschaft*“ vom August 2010). Mit dem gerade von Eurostat gemeldeten Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 1,7 % für 2010 sowohl in der EWU-16 als auch in der EU-27 konnte der Vorjahresrückgang schon zum Großteil aufgeholt wer-

den (vgl. auch Tab. 1). Allerdings sind die USA (2,9 %) und Japan (4,0 %) im Jahr 2010 noch stärker gewachsen. Für 2011/2012 rechnet die EU-Kommission in ihrer letzten Prognose vom November mit einem weiteren Plus von knapp 2 %.

Tabelle 1: EU-Wachstumsprognosen (real, in % gg. Vorjahr)

	BIP 2009	BIP 2010*	BIP 2011**	BIP 2012**
Deutschland	-4,7	3,6	2,2	2,0
Frankreich	-2,6	1,6	1,6	1,8
Großbritannien	-5,0	1,8	2,2	2,5
Italien	-5,0	1,1	1,1	1,4
Spanien	-3,7	-0,2	0,7	1,7
Polen	1,7	3,5	3,9	4,2
EWU-16	-4,1	1,7	1,5	1,8
EU-27	-4,2	1,7	1,7	2,0
<i>Nachrichtlich:</i>				
USA	-2,6	2,9	2,1	2,5
Japan	-5,2	4,0	1,3	1,7

* = teilweise geschätzt

** = Prognose

Quelle: Eurostat, EU-Kommission November 2010

27 + 17: EWU-Erweiterung um Estland

Weitgehend unbeachtet gab es 2011 Anfang Januar – anders als im Vorjahr – mit Estland wieder eine Erweiterung der Eurozone um ein weiteres osteuropäisches Mitgliedsland auf nunmehr 17 Teilnehmer. Damit ist – nach Slowenien, Malta, Zypern und der Slowakei – nun das fünfte Land der großen EU-Osterweiterung von 2004 der Eurozone beigetreten (vgl. dazu auch Tab. 2).

Für das – durch die Nähe zu Finnland – besonders pro-westliche Estland hat die Einführung des Euro besonderen Symbolwert. Zum einen ist man die erste der drei Balten-Republiken, die erst 1991 nach dem Zerfall der Sowjetunion wieder die staatliche Eigenständigkeit erlangt haben. Bei Lettland und Litauen dürfte der Euro-Beitritt noch dauern. Die Euro-Einführung ging reibungslos vonstatten, der Beitrittskurs für die estnische Krone wurde auf 15,65 EEK/Euro festgesetzt. Er ergab sich durch die seit 1993 festgelegte Kopplung der Krone zur D-Mark im Verhältnis 8:1 EEK/DM. Zum anderen ist Estland als kleines Land besonders exportorientiert und die stark mit dem

Euroraum verbundene Wirtschaft kann durch den Wegfall der Wechselkursschwankungen und die Erhöhung der Planungssicherheit weiter vom Beitritt profitieren.

Tabelle 2: EU-Mitgliedsländer und wichtige Strukturdaten

Land	EU-Beitritt	EWU-Beitritt	Schengen-Mitglied	Bevölkerung (1)	Wohlstandsniveau (2)	ALQ (3)
1 Deutschland	1957	1999	XX	81,8	116	6,6
2 Frankreich	1957	1999	XX	64,7	108	9,7
3 Italien	1957	1999	XX	60,3	104	8,6
4 Niederlande	1957	1999	XX	16,6	131	4,3
5 Belgien	1957	1999	XX	10,8	116	8,1
6 Luxemburg	1957	1999	XX	0,5	271	4,9
7 Großbritannien	1973	-	(X)	62,0	112	7,8 *
8 Dänemark	1973	-	XX	5,5	121	8,2
9 Irland	1973	1999	(X)	4,5	127	13,8
10 Griechenland	1981	2001	XX	11,3	93	12,9 *
11 Spanien	1986	1999	XX	46,0	103	20,2
12 Portugal	1986	1999	XX	10,6	80	10,9
13 Schweden	1995	-	XX	9,3	118	7,8
14 Österreich	1995	1999	XX	8,4	124	5,0
15 Finnland	1995	1999	XX	5,4	113	8,1
16 Polen	2004	-	X	38,2	61	10,0
17 Tschechische Republik	2004	-	X	10,5	82	7,7
18 Ungarn	2004	-	X	10,0	65	11,7
19 Slowakei	2004	2009	X	5,4	73	14,5
20 Litauen	2004	-	X	3,3	55	18,3
21 Lettland	2004	-	X	2,2	52	18,3
22 Slowenien	2004	2007	X	2,0	88	7,8
23 Estland	2004	2011	X	1,3	64	16,1 *
24 Zypern	2004	2008	X	0,8	98	7,3
25 Malta	2004	2008	X	0,4	81	6,2
26 Rumänien	2007	-	X	21,4	46	7,3 *
27 Bulgarien	2007	-	X	7,6	44	10,1
EU-15				391,8	110	9,5
EWU-17				330,9	109	10,0
EU-27				501,1	100	9,6
<i>Nachrichtlich:</i>						
Schweiz			X	7,8	144	4,0
Norwegen			X	4,9	178	3,6
Island			X	0,3	118,0	-

(1) in Mio., 01.01.2010

(2) BIP/Kopf in KKS, EU27=100, 2009, vorläufig

(3) sb, Dez. 2010,

* = Q3/2010

Schengen: XX = Altmitglied

X = spätere Teilnahme

(X) = eingeschränkte Teilnahme

Quelle: Eurostat, EU-Kommission 2011

Mit nunmehr 17 EWU-Ländern ist der Euro schon für zwei Drittel der EU-Bevölkerung offizielles Zahlungsmittel, was sich sowohl bei vielen Urlaubs- und Geschäftsreisen als auch bei innereuropäischen Bankgeschäften positiv bemerkbar macht. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sind die letzten Beitritte allerdings weniger bedeutend, da die fünf kleineren Staaten zusammen nur 1,5 % des BIP der Eurozone erwirtschaften. Bei den Abstimmungen im EZB-Rat wäre aufgrund des Regelwerks zur Begrenzung der Mitgliederzahl bei mehr als 15 EWU-Teilnehmern schon seit 2009 ein Rotationsverfahren vorgesehen. Das bleibt aber vorläufig ausgesetzt und so umfasst der EZB-Rat seit Januar nunmehr 23 Mitglieder (die 6 Direktoriumsmitglieder und die 17 nationalen Zentralbankpräsidenten, darunter den Esten Lipstock).

Parallel zur Euro-Einführung wurde die estnische Hauptstadt Tallinn Kulturhauptstadt Europas 2011. Ferner trägt für die „alten EU-Länder“ das finnische Turku den prestigeträchtigen Titel. Die jährliche Rotation soll die Vielfalt und die Gemeinsamkeiten des kulturellen Erbes in ganz Europa hervorheben und so ein besseres Verständnis der Bürger füreinander ermöglichen, was angesichts des Rückschlags für die Europa-Idee durch die Euro-Krise in vielen Ländern auch dringend nötig erscheint.

1. Halbjahr 2011: Ausblick auf die ungarische Ratspräsidentschaft ...

Am 1. Januar hat mit Ungarn ein mittelgroßes EU-Land (10 Mio. Einwohner) die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Damit endet die Dreier-Präsidentschaft Spanien/Belgien/Ungarn. Dieses Trio verwendete erstmals ein gemeinsames Logo und hatte das Motto „Innovation für Europa“ gewählt. Die Regierung des konservativen Regierungschefs Orban will sich in Brüssel vor allem für eine verstärkte Ostpartnerschaft, eine EU-Aufnahme Kroatiens und eine gemeinsame Donau-Strategie einsetzen. Der Stabwechsel an Budapest wurde durch massive internationale Kritik am ungarischen Mediengesetz überschattet, das zeitgleich in Kraft trat. Dabei werden Presse und Rundfunk einer engen Staatskontrolle durch eine neue regierungsnahen Behörde unterworfen. Nach anhaltend heftigen Protesten seitens der EU zeichnet sich ein Einlenken der mit einer Zweidrittel-Mehrheit ausgestatteten Regierung ab.

Die EU-Gipfel der ungarischen Ratspräsidentschaft wurden auf den 4. Februar, den 24./25. März und den 24. Juni jeweils in Brüssel terminiert. Zur Jahresmitte wird Un-

garn dann von Polen abgelöst, so dass erstmals zwei Länder der Erweiterungsrunde von 2004 die EU-Ratspräsidentschaft hintereinander inne haben. Sieben Jahre nach der EU-Osterweiterung entfallen ab Mai 2011 unter dem Stichwort EU-Binnenmarkt dann übrigens alle noch bestehenden Beschränkungen der Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern. Das könnte nicht nur in Deutschland zu einer größeren Zahl von Einpendlern aus dem Osten führen.

... und den französischen Vorsitz bei G8 und G20

Ergänzend sei angemerkt, dass Deutschland Anfang Januar seine zweijährige Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat begonnen hat. Für das international etwas angeschlagene Europa ist auch wichtig, dass mit Frankreich 2011 diesmal ein EU-Land den jährlichen Vorsitz sowohl in der G8-Gruppe der großen Industrienationen als auch in der G20-Gruppe, dem Zusammenschluss aus den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern, inne hat. Staatspräsident Sarkozy wird diese beiden Foren auch nutzen, um seine angeschlagene Reputation im Vorfeld der im Frühjahr 2012 anstehenden Präsidentschaftswahlen aufzubessern. Im Rahmen des G8-Vorsitzes findet auch der nächste Weltwirtschaftsgipfel am 26./27. Mai im Seebad Deauville statt. Auf G20-Ebene trifft man sich 2011 zum Gipfeltreffen Anfang November in Cannes.

Möglichkeiten und Gefahren des Internets sollen ein zentrales Thema der G8-Runde werden. Neben Fragen des geistigen Eigentums und der Besteuerung digitaler Dienstleistungen will Frankreich die Sicherheit der Netze verbessern und so das „digitale Vertrauen“ der Bürger stärken. In der Runde der G20 setzt Paris besonders auf soziale Dimensionen der Globalisierung: Dazu zählen die unerwünschte Volatilität der Rohstoff- und Energiepreise sowie weitere Reformen des internationalen Finanzsystems und der Arbeitsweise der internationalen Organisationen.

Politische Umwälzungen in Nordafrika fordern die EU

An der Südflanke der EU spielen natürlich auch die aktuellen Entwicklungen in Nordafrika und Arabien eine Rolle, die im Januar und Februar schon zu großen politischen Umwälzungen in Tunesien und Ägypten geführt haben und deren Ausgang ungewiss ist. Einerseits könnten innere Unruhen sowie dauerhafte politische Instabilitäten die wirtschaftliche Entwicklung der Region beeinträchtigen und die dringend

benötigten Investitionen durch ausländische Geldgeber beeinträchtigen. Andererseits könnten tiefgreifende politische Veränderungen den überfälligen Wirtschaftsreformen und dabei auch dem Einsatz erneuerbarer Energien einen gewaltigen Schub geben. Beispielhaft sei das ambitionierte DESERTEC-Projekt genannt, das den Export von Solarstrom aus der Sahara nach Europa in großtechnischem Maßstab zum Ziel hat. Neben klimapolitischen Vorteilen bietet es eine gute Möglichkeit für die EU, die auch aus eigenem politischen Interesse wünschenswerten Reformen und die Demokratisierung der Region plakativ zu fördern und so den wirtschaftlichen Aufholprozess gerade in den bevölkerungsreichen Maghreb-Staaten tatkräftig zu unterstützen.

Durch die instabile Lage in Nordafrika wird auch die EU-Flüchtlingspolitik vor neue Herausforderungen gestellt. Da die Flüchtlinge aus der Region primär an Südeuropas Küsten landen, fordern die betroffenen EU-Mittelmeerländer europäische Solidarität und Lastenteilung ein. Das kann von Mitteln aus dem EU-Fonds zur Bewältigung der Einwanderung über den Einsatz der EU-Grenzschutzagentur Frontex bis hin zur begrenzten Aufnahme von Asylbewerber in entfernteren EU-Ländern reichen. Ferner setzt die EU auf stärkere Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten der Flüchtlinge bzw. mit den Transitstaaten. Denen wird technische, personelle und finanzielle Hilfe zur Grenzsicherung angeboten, was aber neue menschenrechtliche Fragen aufwirft.

Weitere Informationen erhalten Sie auf www.akademie-welthandel.de
oder unter der Telefon-Nummer 0 69 / 74 74 2 – 0.